

## Toleranz und Totschlag

### Wechselvolle Geschichte christlicher Minderheiten

**Der Nahe Osten gilt als „Wiege des Christentums“, denn hier sind die ältesten christlichen Kirchen beheimatet. Gleichzeitig sind sie immer in einer Minderheitenposition gewesen und müssen bis heute mit Diskriminierungen und Übergriffen leben – eine Jahrhunderte alte Leidensgeschichte zwischen Toleranz und Totschlag. Ein Grund dafür ist auch, dass Christen von der islamischen Welt oft als Verbündete des Westens gesehen werden. Das Engagement der Europäer im Nahen Osten hat sich immer wieder als hochgradig ambivalent für die Christen in der Region erwiesen, wie der Nahost-Experte Dirk Ansorge in seinem Artikel schreibt, der einen kurzen historischen und regionalen Überblick gibt.**

Die Bilder gingen um die Welt: Christen und Muslime Hand in Hand auf dem Tahrir-Platz mitten in Kairo. Es ist Anfang Februar 2011, in den Tagen unmittelbar vor dem Sturz des Präsidenten Mubarak. Auf dem „Platz der Freiheit“ demonstrieren Hunderttausende gegen eine korrupte Regierung und deren Unfähigkeit zu politischen Reformen. In der Mitte des Platzes beten einige hundert koptische Christen und recken Holzkreuze in den Himmel. Ein Ring von Muslimen hat sich um die Christen formiert. Die Muslime schirmen die Christen vor Provokateuren des Mubarak-Regimes ab. Manche halten in der einen Hand den Koran, in der anderen das koptische Kreuz.

Nur sechs Wochen zuvor: in der Neujahrsnacht werden in Alexandria 23 koptische Christen beim Besuch eines Gottesdienstes durch islamistische Attentäter getötet. Es kommt zu blutigen Ausschreitungen zwischen Kopten und Sicherheitskräften. Der Grund dafür: Die Christen fühlen sich vor islamistischen Fundamentalisten nicht ausreichend geschützt. Immer wieder in den zurückliegenden Jahren hat es gewaltsame Übergriffe auf Kopten gegeben, wurden koptische Kirchen geplündert und angezündet. Und oft genug schauten die Sicherheitskräfte zu – ohne einzuschreiten.

*Übersichtskarte Mittlerer Osten.*

Der Regimewechsel in Ägypten – eine Wende zum Besseren für die Christen? Bereits am 13. März – keine fünf Wochen nach dem Rücktritt Mubaraks – sterben zwölf Menschen nach neuerlichen Angriffen auf zwei koptische Kirchen in Kairo. Am 12. Mai kommen bei Zusammenstößen zwischen Kopten und Muslimen 13 Menschen ums Leben – und dies ausgerechnet auf dem symbolträchtigen Tahrir-Platz, dem „Platz der Freiheit“. Wiederholt werden in den Wochen danach christliche Kirchen angegriffen und Kopten ermordet. Als nach der Zerstörung einer Kirche in Assuan Anfang Oktober Kopten und Muslime in Kairo gemeinsam gegen diese Ausschreitungen protestieren, enden die Demonstrationen im größten Blutbad seit dem Ende der Revolution. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und den nach Augenzeugenberichten ungewöhnlich brutal vorgehenden Sicherheitskräften werden mindestens 24 Menschen getötet, 212 werden verletzt. Vom koptischen Weihnachtsfest dagegen wurde gemeldet, dass neben Vertretern des Hohen Militärrates auch Vertreter der Muslimbrüder teilgenommen haben sollen.

## **„Stufentoleranz“ und Sondersteuern**

Welchen rechtlichen Status werden die koptischen Christen in einem zukünftigen Ägypten erhalten? Die Ergebnisse der Parlamentswahlen geben wenig Anlass zur Zuversicht. Sowohl die islamistische

Freiheits- und Gerechtigkeitspartei als auch die salafistische An-Nour-Partei sind dominierende Kräfte im neuen Parlament. Werden sie den koptischen Christen die gleichen Bürgerrechte einräumen wie Muslimen?

Sowohl die Muslimbrüder als auch verschiedene Salafisten-Gruppen haben wiederholt Angriffe auf Kopten verurteilt und dazu aufgerufen, die Kopten als gleichberechtigte Mitbürger anzuerkennen. Aber werden die Appelle fruchten? In der muslimischen Mehrheitsbevölkerung gibt es hartnäckige Vorurteile gegenüber Christen – und das nicht nur in Ägypten.

Jahrhundertlang wurden die Christen im muslimisch geprägten Orient als Minderheit geduldet. Soziale und ökonomische Nachteile übten einen nicht unerheblichen Assimilierungs-, ja Konversionsdruck auf sie aus. Gewaltsame Verfolgungen blieben zwar die Ausnahme, stellten aber doch eine ständige Bedrohung dar.

Im Osmanischen Reich, das sich vom 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts über das Gebiet der heutigen Türkei, den Nahen Osten, den Balkan und Nordafrika ausdehnte, war die vom Islam dominierte Gesellschaft durch das sog. „Millet-System“ organisiert. Dieses System regelte den Minderheitenstatus von Nichtmuslimen. Juden, Christen und Zoroastrier – nach dem Koran die „Leute der Schrift“ – hatten das Recht, ihre jeweilige Religion zu praktizieren und ihre inneren Angelegenheiten nach eigenen Regeln zu ordnen. Doch zugleich mussten sie sich der islamischen Gemeinschaft unterordnen. Ihr gegenüber waren sie „Schutzbefohlene“ (dhimmis), die den Schutz des Sultans beanspruchen konnten, dafür aber besondere Steuerleistungen (dschizya; kharaj) zu entrichten hatten.

Der Schweizer Islamwissenschaftler und Publizist Arnold Hottinger nennt diese Gesellschaftsordnung „Stufentoleranz“. Die „Religionen des Buches“ sind in muslimischen Gesellschaften nicht rechtlos, sie stehen aber auf einer niedrigeren Stufe als der Islam. Diese Konzeption widerspricht dem Ideal eines modernen Staates, in dem alle Religionen gleichberechtigt sind. Umgekehrt gefährdet nach Einschätzung vieler Muslime das Bemühen um die Etablierung einer egalitären Demokratie die in der muslimischen Rechtstradition fest verankerte Gesellschaftsordnung. Deshalb wird das Bemühen

der Kopten um Anerkennung und zivilrechtliche Gleichstellung vielfach als verwerfliches Aufbegehren gegen eine religiös sanktionierte Ordnung wahrgenommen.

Bereits im 19. Jahrhundert gab es in Ägypten Versuche, Elemente einer demokratischen Staatsform zu etablieren. Nicht zuletzt aus machtpolitischen Erwägungen bemühten sich der ägyptische Vizekönig Mohammad Ali Pascha und seine Nachfolger um eine soziale, politische und rechtliche Gleichstellung der Kopten mit ihren muslimischen Nachbarn. Tatsächlich verbesserte sich die Lage der Christen in Ägypten gegen Ende des 19. Jahrhunderts spürbar; auch kam es zu einer Reformbewegung innerhalb der koptischen Kirche, die heute noch Früchte trägt.

An der Wende zum 20. Jahrhundert wurde das kulturelle Leben in Alexandria – darunter vor allem das Verlags- und Zeitungswesen – maßgeblich durch Christen bestimmt. Zu ihnen zählten viele ehemalige Flüchtlinge aus dem Libanon und aus Syrien. Im Libanon-Gebirge hatten im Jahr 1860 ursprünglich sozial motivierte Konflikte ein Massaker von Drusen an maronitischen Christen ausgelöst. Kurz darauf fielen in Damaskus etwa 25.000 griechisch-orthodoxe Christen einem Pogrom zum Opfer.

Vor dem Hintergrund des europäischen Expansionismus lieferten die Ereignisse des Jahres 1860 den Anlass für ein verstärktes Engagement europäischer Mächte im Nahen Osten. Noch im gleichen Jahr rang Napoleon III. dem Osmanischen Sultan das Zugeständnis ab, eine Militärexpedition zum Schutz der christlichen Minderheiten in die Levante zu entsenden.

Die besonderen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Osmanischen Reich reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück. Im Jahr 1536 schlossen der französische König Franz I. und der osmanische Sultan Süleyman I. „der Prachtige“ ein gegen Karl V. gerichtetes Bündnis, das den im Osmanischen Reich engagierten Franzosen eine Reihe von Privilegien einräumte.

Nach diesem Vorbild schlossen in der Folgezeit auch andere europäische Mächte wie England, Österreich-Ungarn und Russland Verträge mit der Hohen Pforte. Diese Verträge boten eine rechtliche

Grundlage nicht nur für wirtschaftliche Aktivitäten, sondern auch für die Etablierung besonderer Beziehungen zwischen ihnen und den christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich.

## **Angebliche „Kollaboration mit dem Westen“**

Das Engagement der Europäer im Nahen Osten veränderte die Stellung der dort seit Jahrhunderten lebenden Christen nicht unerheblich. Nachdem christliche Missionare aus Europa und Amerika einsehen mussten, dass Konversionen vom Islam zum Christentum die Ausnahme blieben, wandten sie sich im 19. Jahrhundert verstärkt den Christen im Nahen Osten zu, um deren soziale Benachteiligung auszugleichen. Zahlreiche Schulen und Krankenhäuser wurden gegründet, von denen besonders die Christen profitierten.

Aber diese Einrichtungen waren nicht nur christlich geprägt; sie trugen vielfach auch einen nationalen Charakter. Vor diesem Hintergrund wurden die Christen im Nahen Osten zunehmend als Agenten europäischer Mächte wahrgenommen. Das Bewusstsein ihrer teils jahrhundertealten Präsenz verblasste in den Augen ihrer muslimischen Nachbarn. Als im Verlauf des Ersten Weltkrieges osmanische Truppen christliche Armenier und syrisch-orthodoxe Christen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben und dabei bis zu zwei Millionen Menschen ermordeten, da wurde dies als angemessene Reaktion auf die angebliche Kollaboration mit dem „christlichen“ Kriegsgegner Russland gerechtfertigt.

„Kollaboration mit dem Westen“ wurde auch den seit vielen Jahrhunderten im Irak ansässigen Christen nach dem Sturz Saddam Husseins seit 2003 vorgeworfen. Tatsächlich profitierten viele syrisch-orthodoxe, syrisch-katholische, armenisch-orthodoxe und armenisch-katholische Christen zunächst vom Engagement der Alliierten im Irak. Oft bevorzugten westliche Firmen christliche Angestellte gegenüber ihren muslimischen Nachbarn. Genau dies aber nahmen Islamisten schon bald zum Vorwand für blutige Übergriffe gegen Christen. Ungezählte Male und landesweit wurden seit dem Sturz Saddam Husseins Anschläge auf christliche Kirchen verübt. Am 31. Oktober 2010 etwa forderte die Geiselnahme in einer syrisch-katholischen Kirche in Bagdad 68 Menschenleben. Christen aller Kirchen wurden und werden von Islamisten mit dem Tod bedroht, falls Sie den Irak nicht binnen kurzer Zeit verlassen. Seit der Invasion

der Alliierten ist von den einst 1,2 Millionen Christen mehr als die Hälfte aus dem Irak in benachbarte Staaten, nach Europa oder nach Amerika geflohen.

Auch mit Blick auf diese jüngsten Ereignisse erweist sich das Engagement der Europäer nach der Invasion Napoleons in Ägypten (1798) als höchst zwiespältig für die Christen im Nahen Osten. Ein Teil von ihnen profitierte von den neuen Möglichkeiten und Perspektiven. Nicht wenige von ihnen schlossen sich aber auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit Muslimen und Laizisten der „Nahda“ an, einer Reformbewegung, die auf eine kulturelle und politische Renaissance der arabischen Welt zielte. So setzte sich etwa der maronitische Schriftsteller und Journalist Ameen Rihani für ein vereintes arabisches Königreich ein.

Die Nahda war maßgeblich auch durch christliche Intellektuelle geprägt, erhofften doch gerade sie sich von der Übernahme europäischer Ideen die Überwindung einer Jahrhunderte währenden sozialen und politischen Benachteiligung unter muslimischer Herrschaft. Christen spielten wichtige Rollen in den verschiedenen arabischen Unabhängigkeitsbewegungen. 1944 gründeten die christlichen Palästinenser Emile Touma, Fuad Nasser und Emile Habibi die kommunistische Tageszeitung „Al-Ittihad“ (Die Einheit). Habibi ist nicht zuletzt durch seinen Roman „Das Mandelbaumtor“ (1954) weltweit bekannt geworden. Der orthodoxe Christ Michel Aflaq, ein Vordenker des arabischen Nationalismus, gründete 1943 zusammen mit dem Muslim Salah ad-Din al-Bitar die syrische Baath-Partei. Später unterstützte er den durch Gamal Abd-El-Nasser von Ägypten aus propagierten nationalistischen Panarabismus.

Diesem blieb jedoch kein nachhaltiger Erfolg beschieden. Seine öffentliche Reputation in der arabischen Welt verlor der säkulare Panarabismus spätestens mit der demütigenden Niederlage arabischer Staaten im Sechstagekrieg (1967) gegen Israel. Seither ist an seine Stelle vielerorts ein religiöser Fundamentalismus getreten.

## **Trend zur Auswanderung weiterhin hoch**

Vor dem Hintergrund geschichtlicher Erfahrungen wie aktueller Ereignisse wird dieser Fundamentalismus von vielen Christen als reale Bedrohung wahrgenommen. Insofern wird auch die Zurückhal-

tung vieler Kirchenführer im Nahen Osten gegenüber den aktuellen politischen Umbrüchen verständlich. Sowohl in Ägypten als auch in Syrien erwarten Christen von einer demokratisch legitimierten Regierungsübernahme islamistischer Kräfte nicht zunächst eine Verbesserung ihrer unter den totalitären Regimen immerhin halbwegs gesicherten gesellschaftlichen Stellung.

Als ein mögliches Modell für ein friedliches Zusammenleben der Religionen und Ethnien im ganzen Nahen Osten und weltweit hatte Papst Johannes Paul II. im Jahr 1997 den Libanon charakterisiert: „Der Libanon ist kein Land, sondern eine Botschaft.“ Dabei war dem Papst durchaus bewusst, dass die religiösen und ethnischen Verhältnisse im Libanon außerordentlich vielschichtig und spannungsgeladen sind. Seit jeher war Libanon aufgrund seiner Topographie ein Zufluchtsort für verfolgte Christen aus dem gesamten Nahen Osten. Dabei glich das Zusammenleben von Christen, Muslimen und Drusen oft eher einem Nebeneinander als einem Miteinander. Die latenten Spannungen zwischen den verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppierungen im Libanon mündeten im Jahr 1975 in einen grausamen Bürgerkrieg, der erst 1990 beendet werden konnte.

Angesichts der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Nachkriegszeit sehen sich bis heute viele Christen – und hier besonders die Maroniten (siehe Seite 38) – als Verlierer des Bürgerkrieges. Jahrhundertlang stellten sie die Mehrheit der libanesischen Bevölkerung. Dem trug noch der „Nationalpakt“ von 1943 Rechnung, der die Parlamentssitze im Verhältnis 6:5 zwischen Christen und Muslimen aufteilte. Dabei blieb das Amt des Staatspräsidenten einem maronitischen Christen vorbehalten. Der Ministerpräsident sollte ein sunnitischer, der Parlamentssprecher ein schiitischer Muslim sein.

Das Abkommen von Taïf, das im Oktober 1989 den libanesischen Bürgerkrieg beendete, verschob die Machtverhältnisse im Libanon erheblich zu Ungunsten der Christen. Ungelöste politische Fragen, kriegsrische Auseinandersetzungen mit Israel und ökonomische Schwierigkeiten haben viele Christen seither zur Emigration veranlasst. Ein Modell für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Religionen und Ethnien bietet der Libanon gegenwärtig wohl kaum. Gewiss: dass Christen ihre angestammte Heimat im Nahen

Osten verlassen, ist keine neue Erscheinung. Aus unterschiedlichen Gründen suchten bereits im 19. Jahrhundert viele Christen eine neue Perspektive, indem sie nach Amerika auswanderten. Diese Entwicklung verstärkte sich jedoch im 20. Jahrhundert dramatisch. Viele orientalische Kirchen haben inzwischen mehr Mitglieder in der ausländischen Diaspora als im Herkunftsland. Allein in Chile beispielsweise leben heute mehr als 300.000 Christen palästinensischer Herkunft, doppelt so viele wie im Heiligen Land selbst. Schon längst gibt es in Betlehem etwa oder in Nazareth keine christliche Bevölkerungsmehrheit mehr. Das oft höhere Bildungsniveau junger Christen, aber auch die Möglichkeit, in den Zielländern von bereits früher ausgewanderten Verwandten aufgenommen zu werden, verstärkt bei ihnen die Neigung zur Auswanderung.

Die drängende Frage, wie die Christen im Nahen Osten dem zunehmenden Auswanderungsdruck entgegen wirken können, beherrschte zahlreiche Gespräche im Rahmen der Bischofssynode, zu der Papst Benedikt im Oktober 2010 hochrangige Repräsentanten christlicher Kirchen aus dem Nahen Osten nach Rom eingeladen hatte. Ob die dort beschlossenen Maßnahmen der aktuellen Tendenz entgegenwirken können, bleibt abzuwarten.

Zwar wandern nicht nur Christen aus dem Nahen Osten aus, sondern auch Muslime. Aber für eine religiöse Minderheit wie die Christen wiegt der Verlust jeder einzelnen Familie, die ihrer Heimat den Rücken kehrt, schwer. Immer wieder warnen deshalb Kirchenführer im Nahen Osten vor dem Verlust der „lebendigen Steine“ (vgl. 1 Petrus 2,5) gerade an jenen Orten, an denen einst die Wiege des Christentums stand.

Bis auf weiteres freilich lässt leider auch der „Arabische Frühling“ für die Christen im Nahen Osten keine lichtvolle Zukunft erwarten. Vielleicht ist es gerade vor diesem Hintergrund die Berufung von Christen weltweit, darum zu beten, dass die friedvollen Szenen auf dem Tahrir-Platz in Kairo Anfang Februar 2011 mehr waren als nur ein trügerisches Intermezzo.

Dr. Dirk Ansorge, katholischer Theologe, geboren 1960 in Gelsenkirchen, Studium in Bochum, Jerusalem und Straßburg. 1993 Promotion in Tübingen, 2008 Habilitation in Münster. Nach langjähriger Tätigkeit an der Katholischen Akademie des Bistums Essen ist er seit 2011 Dozent für das Fach Dogmatik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt



am Main. Forschungsschwerpunkte u. a.: Dogmatik und Dogmengeschichte; Religion und Politik im Nahen Osten; Dialog der monotheistischen Religionen; Theologie- und Kirchengeschichte im Nahen Osten.

## **Literatur**

Dirk Ansorge (Hg.): Der Nahostkonflikt. Politische, Religiöse und theologische Dimensionen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2010, 336 Seiten, 29,80 Euro (siehe auch Rezensionen)

Martin Tamcke: Christen in der islamischen Welt. Von Mohammed bis zur Gegenwart. Verlag C. H. Beck, München 2008, 205 Seiten, 12,95 Euro

Wolfgang Hage: Das orientalische Christentum. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2007, 548 Seiten, 98 Euro

Hubert Kaufhold (Hg.): Kleines Lexikon des Christlichen Orients, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2007 (2. Auflage), 655 Seiten, 68 Euro

Johannes Oeldemann: Die Kirchen des christlichen Ostens. Orthodoxe, orientalische und mit Rom unierte Christen. Topos-Plus Taschenbuch Band 577, Kevelaer 2008 (3. Auflage 2011), 224 Seiten, 10,90 Euro